

In diesem Zusammenhang ist ebenfalls von besonderer Bedeutung, daß mit Erstarkung der staatlichen Handelsorganisation eine vertragliche Bindung im Ablauf des Wirtschaftsplanes mit der Privatindustrie hergestellt werden muß und daß sich die staatlichen Organe hauptsächlich damit beschäftigen, die natürliche ökonomische Basis einer fortschrittlich-demokratischen Entwicklung zu verbessern und daß sie die volkseigene Industrie erweitern und verstärken.

Besondere Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren, müssen wir hinlenken auf den Ablauf des Zirkulationsprozesses in der Wirtschaft. Es sind Warenstauungen aufgetreten, die man nicht mehr im Interesse unserer Bevölkerung verantworten kann (Sehr richtig!), die mit besseren organisatorischen Mitteln als bisher vermieden werden müssen. Sie tragen, wenn sie unbeachtet bleiben, dazu bei, der Produktion Schwierigkeiten zu bereiten. Darum müssen wir stärkeres Gewicht als bisher auf die Organisation und Verbesserung der staatlichen Handelsorganisationen legen.

Die Hauptaufgaben der Industrie im Jahre 1949 im Lande Sachsen sind, daß wir uns mit der uns zu Gebote stehenden Kraft auf die Steigerung der Produktion in der Grundstoffindustrie, in der Metallurgie, im Transportwesen, in der Schwefelsäureproduktion konzentrieren. Im Formstahlwerk Riesa werden neue Walzstraßen und Siemens-Martin-Öfen gebaut. Die Steinkohlenproduktion im Zwickauer und Oelsnitzer Revier muß eine Steigerung erfahren. Die Braunkohlenförderung muß erhöht, die Energieerzeugung von 13 Millionen auf 15 Millionen Kilowatt gesteigert werden. Gleichzeitig aber müssen wir im Lande Sachsen den Aufbau der Brikettfabriken Erika und Werminghoff, beginnen und vollenden. Daneben müssen wir auch in der Maschinenindustrie alle Maßnahmen einleiten, um die Kapazität der Werkzeugmaschinen zu erhöhen. Ich verweise hier besonders auf die Miles-Werke in Chemnitz, die Horch-Werke in Zwickau, die 1949 und 1950 im Interesse unserer Landwirtschaft und im Interesse einer besseren Ernährung für unsere Bevölkerung ihr Traktorenprogramm erfüllen müssen, und in Chemnitz besonders auf die Entwicklung der Dieselmotoren für Ackerschlepper. In diesem Zusammenhang auch noch eine Bemerkung und Aufmerksamkeit unserer Kräfteentwicklung auf das Kraftwerk in Crottendorf.

Meine Damen und Herren! Auch ich vermag — ebenso wenig wie der Herr Finanzminister — über den Entwurf des Haushaltplanes des Jahres 1949 zu sprechen, ohne mich zunächst mit der Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone zu befassen. Daß diese nicht beabsichtigt und nur notwendige Folge der vorangegangenen separaten Währungsreform im Westen gewesen ist, ist Ihnen allen bekannt. Daß in Gesamtdeutschland eine einheitliche Währungsreform erforderlich gewesen wäre, lag für jeden Einsichtigen auf der Hand; denn in volks-, finanz- und geldwirtschaftlicher Hinsicht konnten die verbrecherischen faschistischen Währungsmanipulationen nur durch eine wirkliche, dem Volke dienende Währungsreform endgültig liquidiert werden. Der ungeheuer aufgeblähte Geldumlauf stand in keinerlei Verhältnis mehr zur volkswirtschaftlichen Produktion und dem vorhandenen Güterangebot. Die Folgen hiervon waren Schwarzhandel, Spekulation, die ihrerseits demoralisierende Folgen auf den guten Geist unseres Volkes auf die Dauer ausgelöst haben würden. Doch war man sich — im Gegensatz zu den Westzonenpolitikern — in der sowjetischen Besatzungszone darüber im klaren, daß es sich bei den erforderlichen einschneidenden Maßnahmen nicht nur um eine technische Angelegenheit handelte, sondern daß es darauf ankam, in jeder Hinsicht solide Grundlagen zu legen für den Neuaufbau unserer Wirtschaft. Dabei war besonders Bedacht darauf zu nehmen, daß die harten Auswirkungen des Geldschnitts nicht die Existenz des schaffenden Volkes, der geistigen und werktätigen

Arbeiter und der Bauern bedrohten. Daß die Auswirkungen der Währungsreform in den ausschließlich kapitalistisch orientierten Westzonenländern zu Lasten der Werktätigen gegangen sind, geht wohl eindeutig aus der Tatsache hervor, daß es dort zu beträchtlichen Entlassungen in allen Zweigen der Wirtschaft kam und daß das Anziehen der Preise den Lebensstandard der Bevölkerung auf das schlimmste bedroht. Nimmt die dortige Entwicklung ihren Fortgang, so wird sich das wiederholen, was uns Inflation und Deflation nach 1918 gezeigt haben: eine Bereicherung der Bank- und Monopolherren zu Lasten einer durch den Krieg zum zweitenmal in ihrer Existenz bedrohten Masse der Werktätigen in Stadt und Land.

Ich glaube, ohne übertriebene Schönfärberei feststellen zu müssen, daß in der sowjetischen Besatzungszone und auch in der Sowjetunion und den ihr angrenzenden volkdemokratischen Republiken die währungspolitischen und volkswirtschaftlichen Probleme in einer Weise gelöst wurden, die in der Folge zu neuem Wohlstand auf breiter Grundlage und zu einer neuen Blüte von Kultur und Wissenschaft führen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang einige Worte zum Reparationsproblem zu sagen, das auch im Zusammenhang mit unserem gesamten Volkswirtschaftsplan und unserem Finanzplan steht. Während die anglo-amerikanischen imperialistischen Kräfte das Reparationsproblem zu einem Kernstück ihrer Hetze gegen die Sowjetunion und die volkdemokratischen Länder machen, sind es dieselben Kräfte, die mit rücksichtsloser Brutalität das Potsdamer Abkommen gebrochen haben und durch ihre verbrecherische, verhängnisvolle Politik Deutschland gespalten haben. Uns allen ist noch in Erinnerung, daß auf der Potsdamer Konferenz die Alliierten gemeinsam für das deutsche Volk die Pflicht der Wiedergutmachung festgelegt haben. Es ist unser aller Wille, wenigstens teilweise dazu beizutragen, die verbrecherischen Folgen des Hitlerkrieges und die damit angerichteten Verwüstungen durch unsere ehrliche Wiedergutmachung und Arbeit zu überwinden. Vergessen wir nicht, daß allein der Schaden der Sowjetunion, den der verbrecherische Krieg verursacht hat, mit 485 Milliarden berechnet wird. Unser ehrlicher Wille zur Wiedergutmachung und der unbedingte Wille zur Abkehr von einer imperialistischen, menschenfeindlichen Kriegspolitik haben bereits vieles vermocht, so daß wir bei den fortschrittlichen Völkern wieder Vertrauen gewinnen. Wir haben den Willen, mit allen Völkern, die für den Frieden kämpfen, gemeinsam zusammenzustehen. Besonders in der sowjetischen Besatzungszone haben wir uns bemüht, unsere Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, und wir sind auf dem besten Wege, mit unseren Nachbarvölkern in engster und freundschaftlicher Beziehung wieder zusammenzuarbeiten. Auf Grund dieser von uns ehrlich geführten Friedens- und Aufbaupolitik hat die Besatzungsmacht der sowjetischen Besatzungszone in diesem Jahre im wesentlichen die Kosten für den Unterhalt der Besatzungskräfte gesenkt, während in den westlichen Besatzungszonen die Besatzungskosten ganz bedeutend gestiegen sind. Nach dem offiziellen Bericht auf Grund der Erklärungen des bizonalen Länderrats vom Januar 1949 ergibt sich, daß die drei westlichen Besatzungsmächte in der Zeit vom 21. Juni bis 31. Dezember 1948 insgesamt rund 2 Milliarden Besatzungskosten aufbringen müssen. Warum erwähne ich diese ungeheure Summe? Weil ich die Auswirkungen für den Haushalt in den Westzonen ungeheuerlich finde. 35 v. H. aller Steuereinnahmen in den westlichen Besatzungszonen frißt die Besatzungsmacht auf, und 25 v. H. des gesamten Finanzbedarfs werden benötigt für diese Besatzungskosten. Aber nicht nur diese Lasten sind es, die die Werktätigen an Rhein und Ruhr zu tragen haben. Es ist keineswegs so, daß die westlichen Besatzungsmächte auf Reparationsleistungen verzichtet haben, obwohl der Krieg in ihren